

Inhaltsverzeichnis

1. DIHK	
2. Kategorie:Lobbyisten in Ministerien	
3. Lobbyisten in Ministerien	
4. Expertenkommission zur Stärkung von Investitionen in Deutschland	
5. Public Private Partnership	
6. Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen	

Deutscher Industrie- und Handelskammertag

Der **Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK)** ist die Dachorganisation der 80 deutschen Industrie- und Handelskammern (IHKs), die er gegenüber bundes- und europapolitischen Entscheidern vertritt.

Lobbyisten in Ministerien



- [Überblick A-Z](#)
- [Problembeschreibung](#)

Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)



Deutscher Industrie- und Handelskammertag

Rechtsfo eingetragenener Verein
rm

Tätigkeit Interessenvertretung der Industrie-
sbereich und Handelskammern

Gründun 1945

gsdatum

Hauptsit Berlin

z

Lobbybü

ro

Lobbybü Vertretung des Deutschen Industrie-
ro EU und Handelskammertages

bei der Europäischen Union, 19 A-D,
Avenue des Arts, B-1000 Bruxelles

Webadre dihk.de

sse

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbyarbeit und Einfluss	3
1.1 Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zum DIHK	3
1.2 Public Private Partnership (PPP)	3
1.3 Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen	3
2 Fallbeispiele und Kritik	4
2.1 2015: Ablehnung der Finanztransaktionssteuer	4
2.2 2008: Lobbyisten in Ministerien	4
3 Struktur, Geschäftsfelder und Finanzen	4
4 Kurzdarstellung und Geschichte	4
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	5
6 Einzelnachweise	5

Lobbyarbeit und Einfluss

Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zum DIHK

Nach einem Urteil des [Bundesverwaltungsgerichts](#) (BVerwG) vom 23. März 2016 gehört es zu den wesentlichen Aufgaben der Kammern, das Gesamtinteresse der ihr angehörenden Gewerbetreibenden ihres Bezirks wahrzunehmen, namentlich die Behörden durch Vorschläge, Gutachten und Berichte zu unterstützen und zu beraten; die Wahrnehmung sozialpolitischer und arbeitsrechtlicher Interessen sei jedoch ausdrücklich ausgenommen.^[1] Der DIHK habe sich seinerseits innerhalb des von den Kammern gesetzlich gezogenen Kompetenzrahmens zu bewegen. Äußere der DIHK sich demgegenüber auch zu allgemeinpolitischen oder zu sozialpolitischen und arbeitsrechtlichen Themen, so dürfe keine Kammer dies dulden. Dasselbe gelte, wenn der DIHK die Interessen der Kammern einseitig oder unvollständig repräsentiere, namentlich beachtliche Minderheitspositionen übergehe, oder wenn die Art und Weise seiner Äußerungen den Charakter sachlicher Politikberatung verlasse und die Gebote der Sachlichkeit und Objektivität missachte.

Das Bundesverwaltungsgericht hat in diesem Grundsatzurteil der Lobbyarbeit eines der wichtigsten Wirtschaftsverbände in Deutschland Grenzen gesetzt.^[2] Als Beispiele für unzulässige Aussagen nannte das Bundesverwaltungsgericht kritische Äußerungen zum Mindestlohn, zur Mütterrente oder zum außenpolitischen Auftreten der Kanzlerin.

Nach einem Bericht der Süddeutschen Zeitung stellte das Oberverwaltungsgericht Münster im April 2019 fest, dass beim DIHK ein Mangel an Einsicht in vergangene Aufgabenüberschreitungen festzustellen sei.^[3] Außerdem würden die rechtlichen Vorgaben in erheblichem Umfang missachtet. Eine Wiederholungsgefahr bestehe jedoch nicht. Gegen die Nichtzulassung einer Revision gegen das festgestellte Fehlen einer Wiederholungsgefahr legte der Kläger eine Nichtzulassungsbeschwerde beim Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) ein und bekam recht. Mit dem Fall wird jetzt erneut das BVerwG befassen.

Public Private Partnership (PPP)

Der DIHK hatte einen Vertreter, Präsident [Eric Schweitzer](#), in der sog. [Expertenkommission zur Stärkung von Investitionen in Deutschland](#). Diese Expertenkommission bestand 2014-2015 und hat den Zweck private Investitionen in die öffentliche Infrastruktur ([Public Private Partnership](#) (PPP)) zu fördern.

Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen

Der DIHK ist Mitglied der [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#). Diese bringt Wirtschaftsverbände, Unternehmen und einzelne Personen mit Abgeordneten - insbesondere Mitglieder von Bundestagsausschüssen - zusammen und ermöglicht damit die informelle Einflussnahme auf die Gesetzgebung.

Fallbeispiele und Kritik

2015: Ablehnung der Finanztransaktionssteuer

Die DIHK, zusammen mit weiteren führenden Wirtschaftsverbände Deutschlands, hat die europäischen Finanzminister in einer gemeinsamen Pressemitteilung aufgefordert, das Projekt zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer aufzugeben.^[4]

2008: Lobbyisten in Ministerien

Im Jahr 2008 war ein Mitarbeiter des DIHK im Wirtschaftsministerium.

Lobbyisten im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

Zeitraum	01.04.2008 - 30.04.2008 ^[5]
Mitarbeiter	Mitarbeiter/in in der Personalstelle
Bearbeitete Themen	Einsatz in der Außenwirtschaftsförderung (insbesondere Deutsche Außenhandelskammern, Bundesagentur für Außenwirtschaft), Standortwerbung, Einblick in Aufgaben und Arbeitsweise der Außenwirtschaftsabteilung

Struktur, Geschäftsfelder und Finanzen

- Präsident des DIHK: **Eric Schweitzer**, Chef der Müllentsorgungsfirma **ALBA Group plc & Co. KG**
- Hauptgeschäftsführer: **Martin Wansleben**
- Der DIHK beschäftigt rund 190 hauptamtliche Mitarbeiter.

Kurzdarstellung und Geschichte

Der DIHK ist die Dachorganisation der deutschen Industrie- und Handelskammern (IHKs). Nach § 1 Abs. 1 seiner Satzung hat der DIHK den Zweck, die Zusammenarbeit der Industrie- und Handelskammern (IHKs) zu sichern und zu fördern, einen regelmäßigen Erfahrungsaustausch zu gewährleisten und in allen das Gesamtinteresse der gewerblichen Wirtschaft im Bereich des DIHK betreffenden Fragen einen gemeinsamen Standpunkt der IHKs auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene gegenüber der Politik, der Verwaltung, den Gerichten und der Öffentlichkeit zu vertreten. Die Behandlung allgemeinpolitischer, insbesondere parteipolitischer Fragen gehört dagegen nicht zur Zuständigkeit des DIHK (§ 1 Abs. 2 der Satzung). Der DIHK tritt über Empfehlungen, jedoch nicht Weisungen gegenüber den IHKs auf.

Die IHKs sind eigenverantwortliche, öffentlich-rechtliche Körperschaften der wirtschaftlichen Selbstverwaltung. Für rund 3,6 Millionen gewerbliche Unternehmen besteht eine gesetzliche Mitgliedspflicht.

Im Jahresbericht 2015 veröffentlichte der Verband erstmals das Gehalt des Geschäftsführers: Es lag bei 368.000 Euro. Die Veröffentlichung ist eine Reaktion auf die zunehmende Kritik an der Arbeit der Handelskammern.^[6]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ [Pressemitteilung Bundesverwaltungsgericht Nr.23/2016](#), bverwg.de, abgerufen am 23.04.2016
2. ↑ [Thomas Öchsner: Bundesrichter setzen Lobbyisten Grenzen](#), SZ.de vom 23.06.2016, sueddeutsche.de, abgerufen am 26.06.2016
3. ↑ [Richter rügen Lobbyisten](#), sueddeutsche.de vom 01.11.2019, abgerufen am 02.11.2019
4. ↑ [Verbände: Finanztransaktionssteuer stoppen!](#) Pressemitteilung der DIHK vom 08.12.2015, abgerufen am 18.12.2015
5. ↑ [Bundesministerium des Innern: Erster Bericht über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung \(pdf\)](#), Berichtszeitraum 01. Januar 2008 – 31. August 2008, Stand 29.09.2008, letzter Zugriff 09.09.2011
6. ↑ [368.000 Euro für den DIHK-Chef](#), Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23. März 2016, zuletzt aufgerufen am 23.3.2016

Kategorie:Lobbyisten in Ministerien

In Bundes- und Landesministerien arbeiten Angestellte von großen Unternehmen und Verbänden. Zeitgleich zu ihren Tätigkeiten in den Ministerien werden sie weiter von ihren eigentlichen Arbeitgebern, den Unternehmen und Verbänden, bezahlt. Sie wirken an der Entstehung von Gesetzen mit, die ihre Arbeitgeber betreffen und sind somit Interessenkonflikten ausgesetzt. Im Oktober 2006 wurde dies erstmals bekannt. In den letzten Jahren wurde die Praxis auf öffentlichen Druck hin beschränkt, sodass heute deutlich weniger Lobbyisten in Ministerien sitzen. Allerdings gibt es weiter Schlupflöcher und Defizite bei der Umsetzung der neuen Regeln.

Seiten in der Kategorie „Lobbyisten in Ministerien“

Folgende 48 Seiten sind in dieser Kategorie, von 48 insgesamt.

B

- [BASF](#)
- [Bayer](#)
- [Bertelsmann Stiftung](#)
- [Bundesbeamte im Austauschprogramm](#)
- [Bundesverband der Deutschen Industrie](#)
- [Bundesverband Deutscher Banken](#)
- [Bundesverband Investment und Asset Management](#)
- [Bundesverband öffentlicher Banken Deutschlands](#)

C

- [Commerzbank](#)

D

- [Daimler](#)
- [Datengrundlage \(Lobbyisten in Ministerien\)](#)
- [Deutsche Bank](#)
- [Deutsche BP](#)
- [Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik](#)
- [Deutscher Gewerkschaftsbund](#)
- [Deutscher Industrie- und Handelskammertag](#)

E

- [E.ON](#)

F

- [Fraport](#)

I

- [Institut der deutschen Wirtschaft](#)

K

- [Kreditanstalt für Wiederaufbau](#)

L

- [Lobbyismus](#)
- [Lobbyisten im Auswärtigen Amt](#)
- [Lobbyisten im Bundeskanzleramt](#)
- [Lobbyisten im Bundesministerium der Finanzen](#)
- [Lobbyisten im Bundesministerium der Justiz](#)
- [Lobbyisten im Bundesministerium des Innern](#)
- [Lobbyisten im Bundesministerium für Arbeit und Soziales](#)
- [Lobbyisten im Bundesministerium für Bildung und Forschung](#)
- [Lobbyisten im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend](#)
- [Lobbyisten im Bundesministerium für Gesundheit](#)
- [Lobbyisten im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit](#)
- [Lobbyisten im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung](#)
- [Lobbyisten im Bundesministerium für Verteidigung](#)

- [Lobbyisten im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie](#)
- [Lobbyisten im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung](#)
- [Lobbyisten im obersten Bundesbehörden; genauer Einsatzort unbekannt](#)
- [Lobbyisten im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung](#)
- [Lobbyisten in Ministerien](#)
- [Lobbyisten in Ministerien nach Branche](#)
- [Lobbyisten in Ministerien nach Ministerien](#)
- [Lobbyisten in Ministerien/Stellungnahmen aus der politischen Debatte](#)

P

- [PricewaterhouseCoopers](#)

R

- [Rechtliche Grundlage \(Lobbyisten in Ministerien\)](#)

S

- [Siemens](#)
- [Stiftung Wissenschaft und Politik](#)

V

- [Vattenfall](#)
- [Verband der Chemischen Industrie](#)
- [Verband Forschender Arzneimittelhersteller](#)

Lobbyisten in Ministerien

Im Oktober 2006 wurde bekannt, dass in Bundes- und Landesministerien in großem Umfang MitarbeiterInnen von Unternehmen und Unternehmensverbänden arbeiten. Bezahlt wurden sie weiter von ihren eigentlichen Arbeitgebern, zumeist große Unternehmen und Wirtschaftsverbände. In den Ministerien aber stricken sie an den Gesetzen mit, die eigentlich ihre Firmen regulieren sollen. Sie werden in die Verwaltungsabläufe eingebunden und bekommen Einblick in interne Prozesse. So erhalten sie einen bevorzugten Zugang zur Politik und können auf diesem Wege gewonnene Informationen zum Vorteil ihrer Unternehmen nutzbar machen.

Prüfungen durch den Bundesrechnungshof ergaben, dass die Lobbyisten an Gesetzen mitwirkten und sogar in Führungspositionen arbeiteten. Im Juli 2008 trat eine neue Verwaltungsvorschrift in Kraft, die den Einsatz dieser sogenannten "externen Mitarbeiter" deutlich einschränkt. Allerdings gibt es bis heute Schlupflöcher und Defizite bei der Umsetzung der neuen Regeln.

Inhaltsverzeichnis

1 Das Problem	8
2 Die Kritik	9

3 Die politische Debatte und die neue Verwaltungsvorschrift	9
4 Forderungen von LobbyControl	11
5 Offizielle Berichte über den Einsatz externer Personen 2008-2015	11
6 Übersicht: Lobbyisten in den einzelnen Ministerien	13
7 Übersicht: Lobbyisten in Ministerien nach Branchen	14
8 Übersicht: Bundesbeamte im Austausch	14
9 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	14
10 Einzelnachweise	14

Das Problem

Lobbyisten in Ministerien



- [Überblick A-Z](#)
- [Problembeschreibung](#)

Das Fernsehmagazin Monitor deckte im Oktober 2006 auf, dass in Ministerien MitarbeiterInnen von Unternehmen und Unternehmensverbänden arbeiten und in der Regel von diesen weiter bezahlt werden. Über 100 Fälle sind inzwischen bekannt und in der Lobbypedia aufgelistet. Laut einer Prüfung des Bundesrechnungshofes waren externe Mitarbeiter an der Ausarbeitung von Gesetzesentwürfen beteiligt und nahmen zeitweilig sogar Führungsfunktionen wahr. Mehr als 60% von ihnen wurden dabei von ihrem Unternehmen oder Verband bezahlt. Sie wurden auch in Tätigkeitsfeldern eingesetzt, „die hinsichtlich ihrer politischen Bedeutung, ihres Zugangs zu internen Informationen oder ihrer Nähe zu den Interessenschwerpunkten der entsendenden Stelle eine herausgehobene Position hatten“.

Ein Teil der Fälle geht auf das Personalaustauschprogramm „Seitenwechsel“ der Bundesregierung zurück, ein Bestandteil des Regierungsprogramms „Moderner Staat – Moderne Verwaltung“. Dieses Regierungsprogramm wurde am 16. Juni 2004 verabschiedet. Erste Gespräche zu dem Austauschprogramm fanden im Frühjahr 2004 zwischen dem Bundesministerium des Innern und der Deutschen Bank statt.^[1]

Ziel des Vorhabens sei ein langfristiger Wissenstransfer, um einen Mentalitätswechsel in der Bundesverwaltung zu erreichen, so die wohlklingende Begründung der Bundesregierung. Tatsächlich hat diese Praxis lange im Verborgenen stattgefunden und ist an vielen Stellen hoch problematisch und demokratieschädlich. Sie entpuppt sich als organisierte Verflechtung zwischen Bundesregierung, Unternehmen und (Wirtschafts)Verbänden.

- [zur Übersicht Lobbyisten in den einzelnen Ministerien](#)
- [zur Übersicht Lobbyisten in Ministerien nach Branche](#)

Die Kritik

Das erste offensichtliche Problem ist der Mangel an Transparenz. Erst durch intensive Recherche konnte Monitor ans Licht bringen, dass und in welchem Umfang externe Mitarbeiter in Ministerien tätig waren oder sind, während sie weiterhin von ihrem eigentlichen Arbeitgeber bezahlt werden. Fortgesetzte Nachforschungen von Monitor und anderen Medien brachten dann immer mehr Fälle zu Tage, deren Existenz die Bundesregierung nur zögerlich einräumte. Bis heute fehlen detaillierte Angaben darüber, welche Mitarbeiter aus welchen Unternehmen in der Vergangenheit zu welchen Themen tätig waren.

Doch Transparenz allein genügt nicht. Selbst wenn es eine vollständige Übersicht über externe Mitarbeiter in Ministerien gäbe, bliebe die Praxis demokratieschädlich.

Werden Ministeriums-Mitarbeiter von Unternehmen bezahlt, werden sie zu Dienern zweier Herren. Damit wird der Grundgedanke des Grundgesetzartikels 33 unterlaufen, der festschreibt, dass Staatsdiener in einem Treueverhältnis zu ihrem Dienstherrn stehen sollen. Auf diese Weise wird die absurde Situation geschaffen, dass Mitarbeiter von Unternehmen und Verbänden direkt oder indirekt an den Gesetzen mitwirken, die eigentlich ihre Unternehmen regulieren sollen. Da wird sprichwörtlich der Bock zum Gärtner gemacht.

Aber es geht nicht nur um die direkte Einflussnahme auf Regierungsprozesse. Durch den Einblick in interne Abläufe, Kenntnisse vertraulicher Themen und das Knüpfen persönlicher Kontakte entstehen den entsendenden Unternehmen Vorteile, die weit über die konkrete Tätigkeit im Ministerium hinaus reichen. In diesen Genuss können, das liegt in der Natur der Sache, nur wenige kommen. Das sind – das macht auch der Überblick in unserer Datenbank deutlich – in erster Linie große Unternehmen und Wirtschaftsverbände.

Die politische Debatte und die neue Verwaltungsvorschrift

Den Enthüllungen durch Monitor folgte eine Zeit der Aufregung im Bundestag. Die Fraktionen von FDP (13.11.06), Bündnis 90/Die Grünen (04.12.06) und DIE LINKE (23.05.07) stellten kleine Anfragen an die Bundesregierung.^{[2][3][4]} Die Antworten ließen jedoch viele Fragen offen. Sie listeten die in den Ministerien vertretenen Unternehmen und Verbände auf, aber ohne genau darzustellen, wie viele und welche MitarbeiterInnen sie in den Ministerien sitzen hatten und über welche Zeiträume. Auch die Aufgabenfelder wurden nur sehr grob und kaum aussagekräftig beschrieben. Wer also genau in den Bundesministerien saß, ob an Gesetzesvorhaben mitgearbeitet oder Einfluss auf Verwaltungsaufgaben ausgeübt wurde, blieb weitgehend unklar. Ebenso ist nicht sicher, ob die Antworten der Bundesregierung wirklich alle Fälle erfassten.

Die Bundesregierung selbst sah zunächst keinen Handlungsbedarf. Die Stellungnahmen der Bundesregierung verneinten die Mitwirkung von Teilnehmern des Austauschprogramms an Gesetzestexten. Die Austausch-Mitarbeiter seien lediglich in unteren Verwaltungsebenen tätig. Durch die „Einbindung in die hierarchischen Strukturen und der dadurch vorhandenen Kontrollmechanismen“, sei eine „Einflussnahme auf Entscheidungen [...] ausgeschlossen“.^[3]

→ *Übersicht über Stellungnahmen von Regierung, Parteien und Experten 2006/ 2007*

Mittlerweile ist klar, dass externe Mitarbeiter sehr wohl an Gesetzesentwürfen und Regulierungen mitgearbeitet haben. Die Monitor-Redakteure Kim Otto und Sascha Adamek beschreiben in ihrem im Februar 2008 erschienenen Buch „Der gekaufte Staat“ exemplarisch wie in Ministerien Einfluss auf die Gesetzgebung genommen wurde.^[5]

Im April 2008 legte der Bundesrechnungshof seinen lange erwarteten Bericht zu der Problematik vor. Er warnte darin vor „erhöhten Risiken von Interessenkonflikten“. Der Haushaltsausschuss des Bundestages forderte daraufhin die Bundesregierung auf, bis Ende Mai klare Regeln für externen Mitarbeiter zu entwickeln. „Einsätze in Bereichen mit dem Risiko von Interessenskonflikten“ müssten ausgeschlossen werden.

Im Juni 2008 beschloss die Bundesregierung eine [Verwaltungsrichtlinie für externe Mitarbeiter](#), die im Juli veröffentlicht wurde. Danach werden „externe Mitarbeiter“ seitdem von der Formulierung von Gesetzesentwürfen und anderer Rechtssetzungsakte, der Tätigkeit in Leitungs- und Kontrollbereichen sowie der Auftragsvergabe ausgeschlossen. In einem Bericht sollen die Ministerien halbjährlich jeweils zum 30.9. und 31.3. dem Haushaltsausschuss die Anzahl der externen Mitarbeiter und die sie entsendenden Stellen nennen. Zudem müssen sie den jeweiligen konkreten Einsatzbereich der Externen, die Dauer, die Form der Bezahlung sowie die vorherige Tätigkeit im entsendenden Unternehmen oder Verband berichten. Eine Veröffentlichung der Angaben über die Beschäftigung externer Mitarbeiter im Internet, wie es der Haushaltsausschuss des Bundestages angeregt hatte, erfolgt jedoch nicht. Die Öffentlichkeit bleibt somit offiziell von den Informationen ausgeschlossen. In der Praxis sind alle Berichte trotzdem bekannt geworden und in dieser Datenbank sind alle bekannten Fälle externer Mitarbeiter enthalten. Dennoch muss diese Transparenz-Verweigerung gegenüber der Öffentlichkeit beendet werden.

Die Verwaltungsvorschrift enthält zudem ein Schlupfloch: befristete Arbeitsverträge sind explizit aus dem Geltungsbereich der Richtlinie ausgenommen. Das bedeutet, dass Lobbyisten, die kurzfristig von den Behörden bezahlt werden, aber nach Ende ihrer Leihbeamten-Tätigkeit zu ihrem früheren Arbeitgeber zurückkehren, weiterhin an Gesetzen mitschreiben können. Die Regierung will auch an dem Austauschprogramm mit der Wirtschaft festhalten. Allerdings zeigen die Berichte, dass das Interesse der Unternehmen und Verbände deutlich zurückgegangen ist, seit sie nicht mehr direkt in den Bereichen eingesetzt werden können, die die Interessen der Unternehmen und Verbände berühren.

Am 7. April 2011 diskutierten die Abgeordneten im Bundestag einen [Antrag der SPD](#), die Verwaltungsvorschrift für externe Mitarbeiter zu verschärfen. Die SPD fordert, u.a. dass befristete Verträge mit erfasst werden, die Transparenzberichte des Innenministeriums im Internet zu veröffentlichen und in der Umsetzung die Obergrenze des Einsatzes externer Personen auf sechs Monate tatsächlich einzuhalten. Die Regierungsfractionen äußerten sich aber ablehnend, sodass der Antrag nicht angenommen wurde.^[6]

Die Große Koalition griff das Thema im [Koalitionsvertrag](#) vom 14. Dezember 2013 auf und verspricht: "Wir erhöhen die Transparenz beim Einsatz externer Personen in der Verwaltung" (S. 106).

Am 3. April 2014 wurde im Haushaltsausschuss ein Beschluss gefällt, wonach externe Mitarbeiter nur noch im für den Wissenstransfer erforderlichen Umgang eingesetzt werden. Zugleich wurde die Bundesregierung aufgefordert zu prüfen, inwieweit Berichte über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung künftig der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden können.^[7]

→ *Ausführliche Darstellung der Verwaltungsvorschrift und ihrer Lücken unter [Rechtliche Grundlage \(Lobbyisten in Ministerien\)](#)*

Am 2. April 2014 hat der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages eine Umstellung des Berichtszeitraumes auf einen jährlichen Berichtszeitraum beschlossen. Die Bundesregierung berichtet nun jährlich jeweils zum 30. September über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung. Außerdem werden die Berichte auf der Internetseite des Bundesministeriums für Inneres (BMI) veröffentlicht.

Forderungen von LobbyControl

1. Lobbyisten raus aus den Ministerien!

Die Beschäftigung externer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Ministerien muss vollständig beendet werden. Die geltende Verwaltungsvorschrift ist ein großer Fortschritt, aber auch sie enthält Lücken und wird nicht konsequent umgesetzt. Am besten wäre es deshalb, externe Mitarbeiter ganz zu verbieten. Als Minimalvariante sollten zumindest befristete Verträge mit erfasst werden und die Regeln z.B. zur Begrenzung der Zeitdauer strikt umzusetzen.

2. Offenlegung aller Informationen!

Die Bundesregierung muss alle Informationen über die Mitarbeit von Lobbyisten in Ministerien lückenlos offenlegen. Dies gilt auch für die bisher unaufgeklärten Altfälle aus der Zeit vor der Verwaltungsvorschrift. Wann genau haben sie an welchen Themen gearbeitet? Haben sie an Gesetzen oder staatlichen Verordnungen mitgewirkt? Außerdem sollte der Bericht über externe Mitarbeiter der breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

3. Transparente und demokratische Wege zu externem Sachverstand!

Externer Sachverstand soll stattdessen auf demokratischem Weg eingeholt werden, z.B. über Anhörungen oder andere Beteiligungsverfahren, die einen gleichberechtigten und offenen Zugang aller gesellschaftlicher Interessen ermöglichen. Der Austausch zwischen Regierung und Gesellschaft ist sinnvoll, aber er kann nicht durch die einseitige Entsendung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus Unternehmen und (Wirtschafts) Verbänden in die Ministerien erfolgen.

Offizielle Berichte über den Einsatz externer Personen 2008–2015

- **Vierzehnter Bericht (2. Halbjahr 2014 und 1. Halbjahr 2015):** Die Anzahl externer Personen in der Bundesverwaltung ist deutlich zurückgegangen. Für den Zeitraum Juli 2014 bis Juni 2015 wurden lediglich 40 Personen gemeldet. In neun Fällen handelt es sich um Personalaustausch. Bei den gemeldeten Fällen wird die Einsatzdauer von 24 Monaten nicht überschritten. Bei der Mehrheit der neuen Fälle liegt die Einsatzdauer bei einem bis 12 Monate, die Dauer von 6 Monaten überwiegt. Der Bericht kann auf der website des BMI heruntergeladen werden [\[1\]](#)

- **Dreizehnter Bericht (1. Halbjahr 2014):** Gegenüber dem vorangegangenen Zeitraum ist die Zahl externer Personen in der Bundesverwaltung leicht gestiegen. Während im zweiten Halbjahre 2013 39 externe Personen in Bundesministerien beschäftigt waren, stieg deren Zahl auf 42 im ersten Halbjahr 2014. Erneut sank die Zahl der von Wirtschaftsunternehmen entsandten Personen auf nun 7 Stellen. Die Überschreitung der Einsatzdauer von 6 Monaten scheint unterdessen zur Regel zu werden. Wir dokumentieren alle Fälle in einer [Überblickstabelle](#) (pdf)
- **Zwölfter Bericht (2. Halbjahr 2013):** Wie im Elften Bericht sind weiterhin 39 externe Personen in der Bundesverwaltung zu verzeichnen. Die im Vorbericht angestiegenen Wirtschaftsunternehmen bei den entsendenden Stellen sind im aktuellen Bericht leicht rückläufig (von zehn auf neun Fälle). Weiterhin überschreitet die Dauer des Einsatzes sehr häufig die angesetzten 6 Monate. Wir dokumentieren alle Fälle in einer [Überblickstabelle](#) (pdf)
- **Elfter Bericht (1. Halbjahr 2013):** Der Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung ist im Vergleich zum Vorjahr erheblich gesunken: Waren im neunten Bericht noch 62 und im zehnten Bericht 48 Fälle ausgewiesen, ist die Zahl der externen Personen im ersten Halbjahr 2013 auf 39 gesunken. Allerdings ist bei den entsendenden Stellen ein Anstieg der Wirtschaftsunternehmen von fünf auf zehn Fälle zu verzeichnen. Wir dokumentieren alle Fälle in einer [Überblickstabelle](#) (pdf)
- **Zehnter Bericht (2. Halbjahr 2012):** Die Anzahl externer Mitarbeiter geht weiter zurück auf 48 Personen, davon zehn neu Eingesetzte. Die Dauer des Einsatzes überschreitet weiterhin sehr häufig die angesetzten 6 Monate. Wir dokumentieren alle Fälle in einer [Überblickstabelle](#) (pdf)
- **Neunter Bericht (1. Halbjahr 2012):** Der neunte Bericht zeigt, dass die Zahl externer Mitarbeiter leicht rückläufig ist. Von ehemals 72, sind mittlerweile nur noch 62 externe Mitarbeiter in der Bundesverwaltung beschäftigt. Davon stammen 10 aus Wirtschaftsunternehmen oder Wirtschaftsverbänden. Der bereits am 1.10.2009 eingestellte Mitarbeiter des [Bundesverbands der Deutschen Industrie \(BDI\)](#) bleibt auch weiterhin bis zum 30.09.2013 im Auswärtigen Amt beschäftigt. Darüber hinaus stellte das Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) einen neuen Mitarbeiter des [Vereins Deutscher Ingenieure e. V. \(VDI\)](#) ein. Dieser betreute bis zum 01. November 2012 den Nano-Truck des BMBF. Wir dokumentieren alle Fälle in einer [Überblickstabelle](#) (pdf)
- **Achter Bericht (2. Halbjahr 2011):** Der Bericht weist u.a. zwei Mitarbeiter des [Bundesverbands der Deutschen Industrie \(BDI\)](#) aus, die im Auswärtigen Amt und im Entwicklungsministerium eingesetzt werden. Der BDI-Mitarbeiter im Auswärtigen Amt soll sich mit folgenden Themen beschäftigen: "Investitionsgarantien, Organisation von Projekten der Außenwirtschaftsförderung und der strukturellen Verbesserung der Zusammenarbeit mit Wirtschaftsverbänden". Wir dokumentieren alle Fälle in einer [Überblickstabelle](#) (pdf)
- **Siebter Bericht (1. Halbjahr 2011):** Darin wird u.a. der Einsatz eines Referatsleiters des [Verbandes der Ersatzkassen](#) (vdek) dokumentiert: Er war bis Ende September im Gesundheitsministerium, wo er u. a. am Entwurf des Versorgungsgesetzes arbeitete. Insgesamt setzt sich der Trend fort, dass weniger "externe Mitarbeiter" aus Privatunternehmen, dafür aber mehr aus "bundesnahen" Einrichtungen kommen. Wir dokumentieren alle Fälle in einer [Übersichtsdatei](#) (pdf)
- Eine Übersicht über die **Berichte Vier bis Sechs** wurde bisher noch nicht angefertigt.

- **Dritter Bericht (01.02.2009 - 30.06.2009):** Das Innenministerium hat dem Bundestag den dritten Bericht über „Externe Mitarbeiter“ vorgelegt. Der Bericht zeigt, dass in den Ministerien nur noch wenige Mitarbeiter von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden tätig sind. Der Bericht ist eigentlich nicht für die Öffentlichkeit bestimmt, sondern nur für die zuständigen Ausschüsse des Bundestages und erfasst zudem nur einen Teil der externen Mitarbeiter in der Bundesverwaltung: Mitarbeiter mit befristeten Verträgen, Werkverträgen oder Beratungsverträgen werden weiterhin nicht offen gelegt. Wiederum sind Unregelmäßigkeiten festzustellen: So meldete die Bundesregierung zwei Fälle des Robert-Koch-Institut nach, die bis ins Jahr 2006 zurückgehen. Zudem wird die Verwaltungsvorschrift für externe Mitarbeiter nicht konsequent umgesetzt. Der vorgesehene Zeitraum von 6 Monaten für Externe wird auch bei den neuen Fällen meist überschritten. Eine detaillierte Auswertung können Sie im [LobbyControl-Blog](#) nachlesen. Hier finden Sie alle Fälle in einer [Überblickstabelle](#) (pdf)
- **Zweiter Bericht (01.09.2008-31.01.2009):** Das Innenministerium hat dem Bundestag den zweiten Bericht über die Beschäftigung „Externer Mitarbeiter“ in den Bundesministerien vorgelegt. Der Bericht zeigt, dass sich unser Einsatz gegen diese Praxis gelohnt hat: Zwar gibt es weiterhin von privaten Stellen entsandte Mitarbeiter/innen in den Ministerien. Doch ist ihre Zahl seit Inkrafttreten der Verwaltungsrichtlinie, die die Dauer und Einsatzbereiche einschränkt, zurück gegangen. Insbesondere Unternehmen und Wirtschaftsverbände scheinen das Interesse zu verlieren, seit sie nicht mehr an Gesetzen mitschreiben dürfen. Zugleich haben wir bei unserer Auswertung erneut Unregelmäßigkeiten festgestellt. So sind drei Fälle aus dem ersten Bericht von September 2008 in dem neuen Bericht nicht mehr zu finden, obwohl ihre Mitarbeit im Ministerium laut erstem Bericht im neuen Berichtszeitraum weiter lief. Umgekehrt wird im neuen Bericht ein Mitarbeiter des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt im Gesundheitsministerium gelistet, der schon im August 2008 dort tätig war und demnach im ersten Bericht hätte aufgeführt werden müssen. Unklar bleibt außerdem, ob nicht Schlupflöcher genutzt werden: Von der Regulierung und Berichtspflicht werden befristete Arbeitsverhältnisse und Beratungsverträge nicht erfasst. Mehr Details zu dem Bericht im [LobbyControl-Blog](#).
- **Erster Bericht (01.01.2008-31.08.2008):** Der erste Bericht zum Einsatz externer Mitarbeiter in Ministerien und Bundesbehörden der Bundesregierung liegt inzwischen vor. LobbyControl kritisiert, dass der Bericht nicht vollständig ist - was das Innenministerium inzwischen eingeräumt hat. Außerdem zeigt der Bericht, dass die Bundesregierung ihre im Juli in Kraft getretene neue Richtlinie zum Einsatz „externer Mitarbeiter“ nicht strikt umsetzt. In mehreren Fällen arbeiten Unternehmensvertreter weiterhin in Bereichen mit, die unmittelbar die Geschäftsinteressen ihrer Unternehmen betreffen, z.B. BASF im Bereich Anlagensicherheit, die DZ-Bank zu Finanzmarktfragen oder neu die Berliner Wasserbetriebe im Referat "Wasser; Energie; Stadtentwicklung" im Entwicklungsministerium. Mehr in einer [LobbyControl-Kurzanalyse](#). Eine Übersicht über die Fälle finden Sie hier in einer [Überblickstabelle](#).

Übersicht: Lobbyisten in den einzelnen Ministerien

→ zur [Übersichtsseite: Lobbyisten in Ministerien nach Ministerien](#)

→ im [Auswärtigen Amt](#)

→ im [Bundeskanzleramt](#)

→ im [Bundesministerium für Arbeit und Soziales](#)

→ im [Bundesministerium für Bildung und Forschung](#)

→ im [Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend](#)

→ im [Bundesministerium der Finanzen](#)

→ im [Bundesministerium für Gesundheit](#)

→ im [Bundesministerium des Innern](#)

- im Bundesministerium der Justiz
- im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
- im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
- im Bundesministerium für Verteidigung
- im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie
- im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
- im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung
- in obersten Bundesbehörden; genauer Einsatzort unbekannt

Übersicht: Lobbyisten in Ministerien nach Branchen

→ zur [Übersichtsseite: Lobbyisten in Ministerien nach Branchen](#)

- Chemie und Pharma
- Energie und Wasser
- Finanzen
- Gewerkschaften
- Kommunikation und Elektronik
- Soziales
- Stiftungen & Denkfabriken
- Unternehmensberatung
- Verkehr
- Versicherung
- Weitere Wirtschaftsverbände
- Weitere Dienstleister und Normung
- Sonstiges

Übersicht: Bundesbeamte im Austausch

Im Rahmen des Personalaustauschprogramms gibt es für Bundesbeamten die Möglichkeit in Unternehmen oder Verbänden zu arbeiten. Die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Grünen im Dezember 2006 machte auf vier Fälle aufmerksam, bei denen Bundesbeamte in Unternehmen oder Verbänden arbeiten. Die bisher bekannten Fälle werden auf der folgenden Seite aufgelistet.

→ zur [Übersichtsseite: Bundesbeamte im Austauschprogramm](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ [[Datei:Hertie_2006_Abschlussbericht.pdf|Hertie School of Governance 2006: Personalaustauschprogramm Öffentliche Verwaltung und private Wirtschaft. Evaluationsbericht (pdf)]]

2. ↑ [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf kleine Anfrage der FDP-Fraktion zu "'Monitor' - Bericht über eine neue Art von Lobbyismus in Bundesministerien", Drucksache 16/3395, 13.11.2006. Abgerufen am 13. Juli 2011
3. ↑ ^{3,03,1} [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf kleine Anfrage der Grünen-Fraktion zu "Mitarbeit von Beschäftigten von Verbänden und Wirtschaftsunternehmen in Bundesministerien und in nachgeordneten Bundesbehörden", Drucksache 16/3727, 04.12.2006. Abgerufen am 13. Juli 2011
4. ↑ [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE zum Thema "Institutionalisierter Lobbyismus", Drucksache 16/5406, 23.05.2007. Abgerufen am 13. Juli 2011
5. ↑ Adamek, Sascha/ Otto, Kim (2008): Der gekaufte Staat. Wie Konzernvertreter in deutschen Ministerien sich ihre Gesetze selbst schreiben. Köln: Verlag Kiepenheuer & Witsch
6. ↑ siehe das [Protokoll der Sitzung](#) (pdf, TOP 6). Zu der Debatte über ein Lobbyregister gibt es eine [ausführliche Analyse im LobbyControl-Blog](#)
7. ↑ Vgl. Christina Deckwirth: "[Mehr Transparenz bei Leihbeamten. Haushaltsausschuss beschließt: Bundesregierung soll mehr Transparenz für externe Mitarbeiter in Ministerien schaffen](#)", in: LobbyControl.de (03.04.2014)

Expertenkommission zur Stärkung von Investitionen in Deutschland

Die **Expertenkommission zur Stärkung von Investitionen in Deutschland** (auch Fratzscher-Kommission) wurde von Bundeswirtschaftsminister **Sigmar Gabriel** im August 2014 zum Thema Investitionen in öffentliche Infrastruktur, zum Beispiel Verkehrswege oder kommunale Infrastruktureinrichtungen, eingesetzt. Es sollen insbesondere private Investoren gewonnen werden. Laut Protokoll einer Sitzung der Expertenkommission vom 17. Oktober 2014 kann die **Public Private Partnership** (PPP) nach Ansicht einiger Mitglieder grundsätzlich genutzt werden, um künftige Finanzierungsengpässe abzumildern.“^[1]

Inhaltsverzeichnis

1 Wirken	15
2 Organisationsstruktur und Personal	16
3 Einzelnachweise	16
4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	17

Wirken

- Im Oktober 2016 wollte die Fratzscher-Kommission einen 2. großen Bericht vorstellen – eine Bilanz über die Wirkung der in der ersten Analyse vorgeschlagenen Maßnahmen. Nach Informationen der „Welt“ kommt es zu keinem Konsens. Der Entwurf stößt sowohl bei Wirtschaftsverbänden als auch bei der Gewerkschaft **Ver.di** auf Kritik.^[2] Er wird am 12. Dezember 2016 veröffentlicht und spricht sich unter anderem positiv zur Schaffung der **PD – Berater der öffentlichen Hand** aus.^[3]
- Im April 2015 gab die Expertenkommission ihren Bericht **Stärkung von Investitionen in Deutschland** heraus.^[4] Die in der Kommission vertretenen Gewerkschaften waren mit dem 1. Abschlussbericht so unzufrieden, dass sie auf einem „Sondervotum“ mit eigenen Lösungsvorschlägen bestanden hatten.^[2]

Organisationsstruktur und Personal

Sie besteht aus folgenden Mitgliedern:

Branche VertreterIn

Wissenschaft aft	Marcel Fratzscher (Vorsitz der Expertenkommission)	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Leiter
Wissenschaft aft	Veronika Grimm	Uni Erlangen-Nürnberg, Professorin für Volkswirtschaftslehre
Wissenschaft aft	Monika Schnitzer	Uni München, Professorin für Volkswirtschaftslehre
Finanzind ustrie	Jürgen Fitschen	<ul style="list-style-type: none"> • Deutsche Bank, ehem. Co-Vorsitzender des Vorstands • House of Finance, Mitglied des Kuratoriums
Finanzind ustrie	Helga Jung	Allianz SE , Mitglied des Vorstands
Finanzind ustrie	Thomas Mayer	<ul style="list-style-type: none"> • Deutsche Bank, ehem. Chefvolkswirt • Think tank Flossbach von Storch Research Institute, Gründungsdirektor • Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft, Mitglied des Kuratoriums • Prometheus, Mitglied des Kuratoriums • Center for Financial Studies, Senior Fellow
Finanzind ustrie	Torsten Oletzky	ERGO Versicherungsgruppe AG, ehem. Vorstandsvorsitzender
Industrie	Markus Kerber	Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), Hauptgeschäftsführer
Industrie	Siegfried Russwurm	Siemens AG , Mitglied des Vorstands
Industrie	Eric Schweitzer	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK), Präsident
Gewerksc haften	Wolfgang Lemb	IG Metall , Mitglied des Bundesvorstands
Gewerksc haften	Michael Vassiliadis	IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE), Vorsitzender
Weitere	Stephan Articus	Deutscher Städtetag , Hauptgeschäftsführer

(Stand: November 2014) Quelle: ^[5]

Einzelnachweise

1. ↑ **Gabriels Profitexperten** taz.de vom 19.12.2014, abgerufen am 20.12.2014
2. ↑ ^{2,02,1} **Masterplan für Deutschlands neue Straßen zerbröselt** Die Welt vom 20.10.2016, abgerufen am 21.10.2016

3. ↑ [Expertenkommission zur Stärkung von Investitionen legt Stellungnahme zur Umsetzung der Vorschläge vor BMWi vom 12. Dezember 2016](#), abgerufen am 23.06.2017
4. ↑ [Stärkung von Investitionen in Deutschland - Bericht der Expertenkommission im Auftrag des Bundesministers für Wirtschaft und Energie, Sigmar Gabriel](#) Webseite BMWi, abgerufen am 28.06.2016
5. ↑ [Gabriel setzt Expertenkommission zur Stärkung von Investitionen in Deutschland ein](#) BMWi vom 28.08.2014, abgerufen am 18.11.2014

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Public Private Partnership

Public-Private Partnership (PPP), eingedeutscht auch **öffentlich-private Partnerschaft (ÖPP)** genannt, bezeichnen Modelle der Einbeziehung privater Wirtschaftssubjekte bei der Erledigung öffentlicher Aufgaben. Eine einheitliche, allgemein akzeptierte Definition von PPP existiert zur Zeit nicht.

Der Ökonom Holger Mühlenkamp vermutet in dieser begrifflichen Unschärfe einen Grund für die weit verbreitete Verwendung des Begriffes, denn diese ermöglicht vielfältige Einsatzmöglichkeiten. Zudem vermittele der Begriff eine positive Botschaft. "Gemeinsames Interesse und kooperative Umgangsformen zwischen öffentlichen und privaten Partnern zum Vorteil aller". Hauptsächlich wird in der offiziellen Argumentation für PPP die Intention angeführt, dass PPP zu einer effizienteren Erfüllung öffentlicher Aufgaben führen soll, womit Steuerzahler und die öffentliche Hand entlastet würden.^[1]

Inhaltsverzeichnis

1 Unterscheidungen	18
1.1 Die drei grundlegenden Typen	18
2 Praxisbeispiele von ÖPP	18
2.1 2007-2013 Arvato in Würzburg	18
2.2 2007-2016 Elbphilharmonie	18
2.3 Weitere Beispiele	19
3 Ergebnisse der Rechnungshöfe	19
4 PPP-Akteure	19
4.1 Politiker als Verfechter von PPP	20
5 Kritik	20
6 Mehr über Public-Private Partnership	21
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	21
8 Einzelnachweise	21

Unterscheidungen

Die drei grundlegenden Typen

- Private können an einzelnen Stellen eines mehrstufigen oder mehrteiligen Produktions- und Absatzprozesses öffentlicher Leistungen eingesetzt werden
- Öffentliche Aufgaben werden vollständig, d.h. über alle Produktionsstufen bzw. -prozesse, in die Hände von privaten gegeben
- Öffentliche Hand und Private arbeiten auf einzelnen oder allen Produktions- bzw. Prozessstufen zusammen

Quelle:^[1]

Praxisbeispiele von ÖPP

2007-2013 Arvato in Würzburg

Die Bertelsmann-Tochter **Arvato direct services GmbH** und die Stadt Würzburg haben im Mai 2007 das Projekt »Würzburg integriert!« vereinbart. Arvato sollte eine zentrale eGovernment-Plattform entwickeln, über die alle Verwaltungsakte mit den Bürgern digital getätigt werden: Kfz- und Einwohneranmeldung, Parkscheine, Geburts- und Ehedokumente, Hundesteuer, Fundbüro, Führerscheinfragen, Registrierung neuer Unternehmen. Damit sollten die amtlichen Vorgänge effizienter werden. Ziel war die Einsparung von 75 Arbeitsplätzen innerhalb von 10 Jahren.

Arvato finanzierte das Projekt vor und sollte nur ergebnisabhängig bezahlt werden. Schon 2008 stockte das Ganze, 2010 war es praktisch beendet. Absehbare Probleme des Projekt waren: Nicht alle Bürger haben einen Internetanschluß. Sicherheitslücken beim Zugang und innerhalb der Verwaltung. Außerdem hatten die städtischen Beschäftigten keine Lust, beim Abbau ihrer Arbeitsplätze selbst mitzuwirken.

Arvato kündigte und forderte 4,58 Millionen Euro Schadenersatz. Es folgte das bei ÖPP-Projekten übliche Verfahren: Wie im geheimen Vertragstext vereinbart, dürfen die Vertragspartner bei Streitigkeiten zunächst nicht vor ein öffentliches Gericht gehen, sondern bilden ein privates Schiedsgericht, das ebenfalls geheim tagt. Hier einigte man sich auf einen Berliner Rechtsanwalt als privaten Schlichter. Schließlich kam Ende September 2013 der außergerichtliche Vergleich zustande. Ergebnis: Die Kommune verzichtete auf ihre Forderungen und zahlt an Arvato 535500 Euro. Damit wird das Projekt endgültig beendet. ^[2]

2007-2016 Elbphilharmonie

Im Juli 2005 wurden die Kosten für den Bau der Hamburger Elbphilharmonie erstmals vorgestellt. Die ÖPP aus der Stadt Hamburg und dem Baukonzern Hochtief sah eine Beteiligung von 77 Millionen Euro durch die öffentliche Hand vor. Ende 2016 war das Gebäude dann fertiggestellt und für Besucher freigegeben, 7 Jahre später als gedacht und geplagt von etlichen Skandalen rund um die Zusammenarbeit zwischen Hochtief, der Stadt und den beiden Architekten. Die Kosten stiegen bis dahin auf 789 Millionen Euro an - für die öffentliche Hand. Mit Gesamtkosten von 866 Millionen Euro ist die Elbphilharmonie das zwölft teuerste Gebäude der Welt, vor allem zulasten der Steuerzahler. ^[3]

Weitere Beispiele

- [Infrastrukturgesellschaft Verkehr](#) (in Planung)
- Ausbau der Autobahn A1 zwischen Hamburg und Bremen
- Ausbau der Autobahn A7 zwischen Hannover und Kassel
- LkW-Autobahnmautsystems [Toll Collect](#)
- Justizvollzugsanstalt JVA Hünfeld
- Universitätsklinikum Gießen und Marburg

Ergebnisse der Rechnungshöfe

Die Rechnungshöfe des Bundes und der Länder veröffentlichten im September 2011 ein gemeinsamen Bericht zu öffentlich-private Partnerschaften.^[4] Darin stellten sie fest, dass die dort untersuchten Projekte im Gesamtwert von 3,2 Mrd. Euro sich als eher nachteilig für die öffentlichen Auftraggeber erwiesen. Der Bericht enthält die Forderung, dass die öffentliche Hand Vorhaben, die sie sich aus eigenen Mitteln nicht leisten kann, auch nicht alternativ im Rahmen einer ÖPP finanzieren darf.^[5]

Im Juni 2014 kam der Bundesrechnungshof zum Ergebnis, dass privat gebaute Autobahnen erheblich teurer seien, als eine öffentliche Finanzierung. Die Rechnungsprüfer haben die, bis dahin, sechs im Rahmen der ÖPP realisierten Projekte untersucht. Infolgedessen habe sich bei allein fünf Projekten gezeigt, dass diese um „1,9 Milliarden Euro teurer sind, als eine konventionelle Realisierung“ aus öffentlichen Geldern. Beispielsweise sei das ÖPP-Projekt zum Ausbau der A1 um 28 Prozent teurer als vorab einkalkuliert. Laut Berechnungen im Vorfeld, hätte der Ausbau ganze 40 Prozent günstiger sein müssen, als die öffentliche Variante. Ein Grund für diese Kostenexplosion seien die Finanzierungskosten, welche für Unternehmen -mit Blick auf die höheren Zinsen- deutlich teurer seien, als für den Bund.^[6]

PPP-Akteure

Ein großes Eigeninteresse an der Anbahnung von PPP-Projekten haben naturgemäß Unternehmensprüfer, Beraterfirmen und Anwaltskanzleien, da diese mit dem Abfassen von umfangreichen Vertragswerken viel Geld verdienen. PPP-Vertragswerke zeichnen sich i.d.R. dadurch aus, dass sie äußerst kompliziert und seitenstark sind und in ihren weitreichenden Konsequenzen von verantwortlichen Politikern wenn überhaupt nur mit erheblichen Aufwand überblickt werden können.

- Unternehmensprüfer: [Freshfields](#)
- PPP-Anbahnungsinstanzen: [ÖPP Deutschland AG](#)
- Interessenverbände: [Bundesverband Public Private Partnership \(BPPP\)](#)

Im August 2014 hat Bundeswirtschaftsminister [Sigmar Gabriel](#) eine [Expertenkommission zur Stärkung von Investitionen in Deutschland](#), zum Beispiel Verkehrswege oder kommunale Infrastruktureinrichtungen, eingesetzt. Augenscheinlich ist diese Kommission mit einer Mehrheit an Profiteuren an ÖPP besetzt.

Politiker als Verfechter von PPP

Roland Koch: Der ehemalige hessische Ministerpräsident gilt als einer der stärksten Verfechter der Public Private Partnerships. Unter seiner Präsidentschaft entwickelte sich Hessen zu dem PPP-freundlichsten Bundesland überhaupt. Vor allem Kochs späterer Arbeitgeber, der zweitgrößte deutsche Baukonzern Bilfinger Berger, profitierte von seinen Bemühungen, PPP zu etablieren. Ein ehemaliger Bilfinger-Manager gab zwar an, Koch sei an Auftragsvergaben nie unmittelbar beteiligt gewesen, dennoch erhielt der Konzern zwischen 2002 und 2010 den Auftrag für 3 von insgesamt 16 ausgeschriebenen Vorhaben, darunter das bislang viertgrößte in Deutschland, das Justizzentrum in Wiesbaden für 128 Millionen Euro.^[7]

Von 2011 bis 2014 war Koch anschließend Vorstandsvorsitzender von Bilfinger-Berger, verließ den Konzern nach starken Gewinneinbrüchen seit Beginn seiner Beschäftigung einvernehmlich.^[8]

Peer Steinbrück: Der frühere SPD-Spitzenpolitiker und Kanzlerkandidat half dabei, in Nordrhein-Westfalen PPP salonfähig zu machen. 2010 ließ er sich ein Interview zu PPP mit 7.000 Euro von Bilfinger Berger honorieren, die das Gespräch verschriftlichten und im eigenen Geschäftsbericht abdrucken ließen. Doch das ist kein Einzelfall: Steinbrück ließ sich zwischen 2010 und 2012 für insgesamt fast 100.000 Euro auch von weiteren Unternehmen der Branche buchen, darunter die Beraterfirmen [Freshfields Bruckhaus Deringer](#), Ernst & Young und [PricewaterhouseCoopers](#).^[9] Es gebe eine ganze Reihe "vorzeigbarer Projekte, mit denen sich nachweisen lässt, dass ÖPP eine Alternative ist, die durchaus stärker genutzt werden sollte", so Steinbrück in einem der Interviews.^[10]

Kritik

Teuer, ineffektiv und wettbewerbsverzerrend

Anlässlich des Urteils des Landgerichts Hannover zur Klage des privaten Autobahnbetreibers A1 Mobil vom 07.09.2018^[11] fordert der Zentralverband des Deutschen Baugewerbes einen generellen Verzicht auf öffentlich-private Partnerschaften in Deutschland.^[12] Wie der Bundesrechnungshof bezeichnet er solche Geschäfte als teuer und ineffektiv. Nach Auffassung des Verbands schließen sie außerdem den heimischen Mittelstand aus und garantierten deshalb keinen ausreichenden Wettbewerb.

Verbriefung langfristiger PPP-Verträge

Werner Rügemeier kritisiert, dass Banken langfristige PPP-Verträge verbrieften können. Mit den verbrieften PPP-Mieten können die Banken handelbare (spekulative) Wertpapiere machen. Damit käme eine aufgeblähter Finanzkreislauf in Gang:

"Die Bank I, die dem PPP-Investor den Kredit gegeben hat, verkauft die Mietforderungen an die Bank II, die dafür einen Kredit bei der Bank III aufnimmt; die Bank IV kann den verbrieften Kredit von der Bank II kaufen, indem sie bei der Bank V einen Kredit aufnimmt und so weiter - so dreht sich das riskante Karussell der privaten Geldschöpfung"^[13]

Geheimhaltung der Verträge

Immer wieder in der Kritik steht auch die Tatsache, dass alle Verträge von PPP-Projekten unter Geheimhaltung stehen. Zur Begründung dafür wird immer wieder das Geschäfts- und Betriebsgeheimnis der beteiligten Unternehmen angeführt. Die Geheimhaltung sei ein maßgebliche Voraussetzung, damit die privaten Unternehmen ihre Gewinninteressen gegenüber der öffentlichen Hand durchsetzen können.^[14]

Mehr über Public-Private Partnership

- [Website PPP-Irrweg \(attac\)](#)
- *Public Private Partnership: Die Plünderung des Staates*, Werner Rügemer in: junge Welt, 31. Januar 2010

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ ^{1.01.1} [Holger Mühlenkamp, Public Private Partnership aus der Sicht der Transaktionskostenökonomik und der Neuen Politischen Ökonomie](#), in: Schriftenreihe der Gesellschaft für öffentliche Wirtschaft Herft 54, Baden-Baden 2006, S. 29-50
2. ↑ [Flop mit Signalwirkung](#) junge welt vom 17.10.2013, abgerufen am 22.10.2013
3. ↑ [Schön, teuer, fertig](#) FAZ vom 4. November 2016, abgerufen am 21.06.2017
4. ↑ [Gemeinsamer Erfahrungsbericht zur Wirtschaftlichkeit von ÖPP-Projekten](#) abgerufen am 02.02.2012
5. ↑ [PM des Rechnungshof Hamburg vom 22.11.2011](#) abgerufen am 03.02.2012
6. ↑ [Privater Autobahnbau lohnt sich nicht](#), handelsblatt.de vom 12.06.2014, abgerufen am 18.06.2014
7. ↑ [Wem nützt Roland Koch an der Spitze von Bilfinger Berger?](#) Wirtschaftswoche vom 09. November 2010, abgerufen am 21.06.2017
8. ↑ [Spektakulär gescheitert](#) FAZ vom 04. August 2014, abgerufen am 21.06.2017
9. ↑ [Der Autobahn-Klau](#) Taz.de vom 05. Januar 2013, abgerufen am 21.06.2017
10. ↑ [Der verkaufte Staat](#) Welt.de vom 09. Februar 2014, abgerufen am 21.06.2017
11. ↑ [Betreiber trägt das Risiko für zu wenig Verkehr](#), lto.de vom 07.09.2018], abgerufen am 10.09.2018
12. ↑ [Autobahnbetreiber scheitert mit Klage](#), sueddeutsche.de vom 07.09.2018
13. ↑ [Die neue Reichtumsmaschine - 01.02.2012](#) jungewelt.de, letzter Zugriff am 06.03.2012
14. ↑ [Geheimhaltung - der Nährboden für PPP](#) ppp-irrweg.de, letzter Zugriff am 06.03.2012

Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen

Die **Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen** (Strukturgesellschaft) bringt Wirtschaftsverbände, Unternehmen und einzelne Personen mit Abgeordneten (insbesondere Mitglieder von Bundestagsausschüssen) und Vertretern der Bundesregierung (insbesondere Parlamentarische Staatssekretäre) zusammen und ermöglicht damit die informelle Einflussnahme auf die Gesetzgebung. Die Politiker stehen überwiegend dem Wirtschaftsflügel der CDU /CSU nahe. Die Strukturgesellschaft gilt als ebenso traditionsreiche wie öffentlichkeitsscheue Lobbyorganisation. [1]

Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen

[[Bild:<datei>|center]]

Rech eingetragener Verein

tsfor

m

Tätig Kontaktpflege der Wirtschaftslobby zu **keits** Parlamentariern und Parlamentarischen **berei** Staatssekretären zur Einflussnahme auf **ch** Gesetzesvorhaben

Grün 1959

Zu den Mitgliedern der Strukturgesellschaft gehörten im Februar 2021 Anja Karliczek (CDU), Bundesministerin für Bildung und Forschung, und ihr Parlamentarischer Staatssekretär [Michael Meister](#) (CDU). [Thomas Bareiß](#) (CDU), als Parlamentarischer Staatssekretär für Wirtschaft und Energie im Bundeswirtschaftsministerium für die Ausgestaltung der Energiewende zuständig, ist Vorsitzender des "Beirats für Energie" der Strukturgesellschaft. Aus dem Energiesektor sind die folgenden Unternehmen/Verbände /Initiativen Mitglieder: [Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft](#), Deutscher Braunkohle-Industrie-Verein, Deutscher Wasserstoff- und Brennstoffzellenverband, innogy SE ([E.ON](#)), Propan Rheingas und die Lobby-Initiative [Zukunft Gas](#), in deren Beirat Bareiß bis zur Ernennung zum Parlamentarischen Staatssekretär saß.

**Gesellschaft zum Studium
strukturpolitischer Fragen**

ding
sdat
um
Haupt Gertraudenstraße 20, 10178 Berlin
tsitz
Lobb
ybür
o
Lobb <text>
ybür
o EU
Web www.strukturgesellschaft.de
adre
sse

Inhaltsverzeichnis

1 Aktivitäten	22
2 Mangelnde Transparenz	23
3 Organisationsstruktur und Personal	24
3.1 Vorstand	24
3.2 Vorstandsmitglieder vorangegangener Legislaturperioden	25
3.3 Wissenschaftlicher Beirat	25
3.4 Vorsitzende der Beiräte	25
3.5 Stellv. Beiratsvorsitzender	26
3.6 Mitglieder und Förderer	26
4 Weiterführende Informationen	28
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	28
6 Einzelnachweise	28

Aktivitäten

Die 1959 gegründete Strukturgesellschaft hat sich nach eigenen Angaben dem Anliegen verschrieben, die Politik bei strukturellen Frage- und Problemstellungen zu beraten. Leitbild der Arbeit der Gesellschaft sei der Ordnungsrahmen der Sozialen Marktwirtschaft. Ihre Mitglieder und Förderer stünden für eine Wirtschaftsordnung, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und soziale Gerechtigkeit bei einem hohen Maß an individueller Freiheit gewährleiste.

Eine entscheidende Rolle bei der Beeinflussung der Parlamentarier im Sinne der in der Strukturgesellschaft organisierten Verbände und Unternehmen spielen die Beiräte. Sie bilden das Forum, in dem der Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen Politikern (Parlamentarier und Parlamentarische Staatssekretäre), Vertretern von Wirtschaftsverbänden, Unternehmen und Beratungsgesellschaften sowie diesen nahestehenden Professoren stattfindet. Auf der Tagesordnung stehen sowohl strukturelle Themen der laufenden Gesetzgebung als auch strukturelle Trends, bei denen aus Sicht der Gesellschaft ein Regelungsbedarf absehbar ist.

Zurzeit verfügt die Strukturgesellschaft über 15 Beiräte mit den Schwerpunkten:

Arbeit und Soziales	Bildung und Forschung	Digitale Agenda	Energie
Europa	Finanzen, Steuern, Geld und Kredit	Gesundheit	Handel und Verbraucherschutz
Medien	Sicherheit und Verteidigung	Umwelt, Natur und Reaktorsicherheit	Verkehr
Welthandel	Wirtschaft und Wirtschaftsrecht	Wissenschaftlicher Beirat	

Die Tagungen der Beiräte finden in den Mittagspausen der Sitzungen des Deutschen Bundestages statt. Auf diese Weise ist sichergestellt, dass Mitglieder der Bundesregierung und Bundestagsabgeordnete aller Fraktionen am Meinungsaustausch teilnehmen können. Geleitet werden die Tagungen der Beiräte von den Beiratsvorsitzenden, bei denen es sich regelmäßig um Mitglieder von Bundestagsausschüssen handelt. Die Bundestagsausschüsse machen Gesetzesentwürfe "abstimmungsreif" und können in diesem Zusammenhang Sachverständige zu Anhörungen einladen. Der privilegierte Zugang zu den Mitgliedern von Bundestagsausschüssen vermittelt den beteiligten Wirtschaftskreisen deshalb einen immensen strategischen Vorteil bei der Lobbyarbeit.

Die Arbeit der Beiräte wird vom Wissenschaftlichen Beirat koordiniert.

Mangelnde Transparenz

Auf der Webseite der Strukturgesellschaft gibt es keinerlei Informationen zu den Beiratssitzungen wie Termine, Teilnehmer, Themen, Argumente oder Beschlüsse.

Organisationsstruktur und Personal

Vorstand

Vorsitzende r	Michael Meister, C DU	<ul style="list-style-type: none"> • seit 03/2018 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung, davor Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesfinanzministerium • Mitglied des Bundestags • CDU, Mitglied im Bundesvorstand • Wirtschaftsrat der CDU, ehem. Mitglied des Präsidiums • Institut Finanzen und Steuern, Stellv. Vorsitzender des Kuratoriums • Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied
Stellvertreter	Ludolf von Wartenberg, CDU	<ul style="list-style-type: none"> • 1990-2006 Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), Hauptgeschäftsführer • Institut Finanzen und Steuern, Vorsitzender des Kuratoriums
Stellvertreter	Siegmar Mosdorf, SPD	<ul style="list-style-type: none"> • Lobby- und PR-Agentur Kekst CNC, Partner • Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied • Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), ehem. Botschafter • Parlamentarischer Staatssekretär a.D.
Stellvertreterin	Marie-Luise Dött, CDU	<ul style="list-style-type: none"> • Mitglied des Bundestags • Umweltpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Stellv. Vorsitzende der Arbeitsgruppe Wirtschaft und Energie der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Mitglied des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit des Deutschen Bundestags • Handelsverband Deutschland, Mitglied des Präsidiums • Bund Katholischer Unternehmer, ehem. Bundesvorsitzende
Schatzmeister	Jens Odewald, CDU	<ul style="list-style-type: none"> • Odewald & Compagnie GmbH Gesellschaft für Kapitalanlagen, Verwaltungsratsvorsitzender • Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied • Wirtschaftsrat der CDU, ehem. Mitglied des Bundesvorstands • Jury des Preises "Soziale Marktwirtschaft" der Konrad-Adenauer-Stiftung, Vorsitzender
Vorstandsmitglied	Franz-Josef Holzenkam	<ul style="list-style-type: none"> • Mitglied des Bundestags • Mitglied des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft des Deutschen Bundestags • Deutscher Raiffeisenverband, Präsident

	p, CDU	<ul style="list-style-type: none"> • Funktionsträger einer Vielzahl von Organisationen der Agrar- und Ernährungswirtschaft^[2]
Vorstandsmitglied	Cem Özdemir Bündnis 90 /Die Grünen	<ul style="list-style-type: none"> • Mitglied des Bundestags • Vorsitzender des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur des Deutschen Bundestags • Bundesverband Mittelständische Wirtschaft, Mitglied des Politischen Beirats • Bündnis 90/Die Grünen, ehem. Bundesvorsitzender
Vorstandsmitglied	Hartfrid Wolff, FDP	<ul style="list-style-type: none"> • KPMG, Senior Manager, Öffentlicher Sektor • FDP, Mitglied im Landesvorstand der FDP Baden-Württemberg • Friedrich-Naumann-Stiftung, Revisor • ehem. Mitglied des Deutschen Bundestags
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied	Horst-Dieter Westerhoff	<ul style="list-style-type: none"> • Bundeskanzleramt, ehem. Gruppenleiter • Professor an der Steinbeis Hochschule Berlin

(Stand: Februar 2020) Quelle: ^[3]

Vorstandsmitglieder vorangegangener Legislaturperioden

- Friedrich Merz, CDU
- Christine Scheel, Grüne

Wissenschaftlicher Beirat

N.N.

Vorsitzende der Beiräte

(Stand: Februar 2020)

- Matthias Zimmer, MdB, CDU, Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales des Deutschen Bundestags (Beirat für Arbeit und Soziales)
- Wolfgang Stefinger, MdB, CSU, Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestags (Beirat für Bildung und Forschung)
- Tankred Schipanski, MdB, CDU, digitalpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Mitglied im Ausschuss für Digitale Agenda des Deutschen Bundestags (Beirat Digitale Agenda)
- Thomas Bareiß, MdB, CDU (Beirat für Energie)
 - Parlamentarischer Staatssekretär für Wirtschaft und Energie
 - Im Bundeswirtschaftsministerium zuständig für die Ausgestaltung der Energiewende
 - Aufsichtsratsvorsitzender der bundeseigenen Deutschen Energie-Agentur
 - bis zur Ernennung zum Parl. Staatssekretär 03/2018 Beiratsmitglied von Zukunft Erdgas (neue Bezeichnung: Zukunft Gas)

- Markus Töns, MdB, SPD, Stellv. Vorsitzender im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union (Beirat für Europa)
- Florian Toncar, FDP (Beirat für Finanzen, Steuern Geld und Kredit)
 - Mitglied im Finanzausschuss des Deutschen Bundestags
 - Rechtsanwalt bei [Freshfields Bruckhaus Deringer](#)
- Karin Maag MdB, CDU (Beirat für Gesundheit)
 - Mitglied im Ausschuss für Gesundheit des Deutschen Bundestags
 - Beiratsmitglied der Barmenia Krankenversicherung (Beirat für Gesundheit)
- Ansgar Heveling, MdB, CDU, Mitglied im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz, Stellv. Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien des Deutschen Bundestags (Beirat für Medien)
- Reinhard Brandl, MdB, CSU (Beirat für Sicherheit und Verteidigung)
 - Mitglied im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestags
 - Vizepräsident der [Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik](#)
- [Marie-Luise Dött](#), MdB, CDU (Beirat für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit und Beirat für Handel und Verbraucherschutz)
 - Umweltpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
 - Stellv. Vorsitzende der Arbeitsgruppe Wirtschaft und Energie der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
 - Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit des Deutschen Bundestags
 - ehem. Bundesvorsitzende des [Bund Katholischer Unternehmer](#)
 - ehem. Kuratorin der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM)
- Cem Özdemir, MdB, Bündnis 90/Die Grünen, Vorsitzender im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur des Deutschen Bundestags (Beirat für Verkehr)
- Andreas Lämmel, MdB, CDU (Beirat für Welthandel)
 - Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie des Deutschen Bundestags
 - Mitglied im Vorstand der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung (MIT) der Sächsischen Union
- [Joachim Pfeiffer](#), MdB, CDU (Beirat für Wirtschaft und Wirtschaftsrecht)
 - Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie des Deutschen Bundestags
 - Dr. Joachim Pfeiffer Consulting
 - Mitglied der Aufsichtsräte und Beiräte einer Vielzahl von Unternehmen und Verbänden^[4]

Stellv. Beiratsvorsitzender

- [Justus Haucap](#) (Stellv. Vorsitzender des Beirats für Handel und Verbraucherschutz)
 - Direktor des [Düsseldorf Institute for Competition Economics](#) (DICE)
 - Autor des ÖkonomenBlog der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM)
 - Verfasser von Gutachten für die INSM, zuletzt zum Thema „Emissionshandelssysteme“, die beim INSM-Frühstücksdialog präsentiert wurden.^[5]

Mitglieder und Förderer

Mitglieder und Förderer sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören:

- Verbände, z. B.
 - [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI)
 - [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (BDA)
 - [Deutscher Industrie- und Handelskammertag](#) (DIHK)
 - [Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft](#)

- [Bundesverband Deutscher Banken](#)
- [Die Familienunternehmer - ASU](#)
- [Deutscher Braunkohle-Industrie-Verein](#)
- [Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft \(GDV\)](#)
- [Verband der Automobilindustrie](#)
- Unternehmen, z. B.
 - [BASF](#)
 - [Bayer](#)
 - [Deutsche Telekom](#)
 - [innogy SE](#)
 - [KPMG](#)
 - [Propan Rheingas](#)
 - [Bayerische Landesbank](#)
- Politik, z. B.
 - [Thomas Bareiß](#), CDU, MdB, Parl. Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
 - [Marie-Luise Dött](#), CDU, MdB
 - [Enak Ferlemann](#), CDU, MdB, Parl. Staatssekretär im [Bundesverkehrsministerium](#)
 - [Anja Karliczek](#), CDU, Bundesministerin für Bildung und Forschung
 - [Michael Meister](#), CDU, MdB, Parl. Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung
 - [Klaus-Peter Willsch](#), CDU, MdB, Mitglied des Bundestagsausschusses für Wirtschaft und Energie, Kooptiertes Mitglied des Vorstands von [Forum Luft- und Raumfahrt](#)
- Wissenschaft, z. B.
 - Prof. [Horst-Dieter Westerhoff](#), Universität Duisburg-Essen; Steinbeis-Hochschule
 - Prof. [Justus Haucap](#)
- Einzelmitglieder, z. B.
 - [Ulrich Drachsel](#), Bundesverband Erdgas, Erdöl und Geoenergie
 - [Georg Fahrenschon](#)
 - [Melanie Fügner](#), Freier Verband Deutscher Zahnärzte
 - [Gertrud Hardich](#), Leiterin des Referats IIA5 (Stein- und Braunkohleabbau) im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
 - [Rainer Holznagel](#), [Bund der Steuerzahler](#)
 - [Timm Kehler](#), Geschäftsführer von [Zukunft Gas](#)
 - [Peter Meyer](#), Leiter Außenbeziehung von [Zukunft Gas](#)
 - [Werner Langen](#), Mitglied der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, ehrenamtlich beratendes Mitglied des Landesvorstands Rheinland-Pfalz des [Wirtschaftsrat der CDU](#)
 - [Friedrich Merz](#), Vizepräsident des [Wirtschaftsrat der CDU](#), Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)
 - [Siegmar Mosdorf](#), Partner der Lobby- und PR-Agentur [Kekst CNC](#), Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)
 - [Wolfram Nolte](#), [KPMG](#)
 - [Johann Töpfer](#), Deutscher Wasserstoff- und Brennstoffzellenverband
 - [Kai Wernicke](#), Haus & Grund
 - [Julian Willms](#), [ThyssenKrupp](#)

(Stand: Februar 2021)

Weiterführende Informationen

- [Rede von Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble zum Symposium zum 60. Jubiläum der Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen, 23. Oktober 2019](#)
- [Die Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen \(Strukturgesellschaft\), Veranstaltung zum 50-jährigen Bestehen am 5. März 2009](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ [Rede von Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble zum Symposium zum 60. Jubiläum der Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen, 23. Oktober 2019](#), Bundestag.de, abgerufen am 21.02.2021
2. ↑ [Veröffentlichungspflichtige Angaben](#), bundestag.de, abgerufen am 15.02.2020
3. ↑ [Der Vorstand](#), strukturgesellschaft-de, abgerufen am 15.02.2020
4. ↑ [Biografie Veröffentlichungspflichtige Angaben](#), bundestag.de, abgerufen am 16.02.2020
5. ↑ [Emissionshandelsysteme](#), insm.de, abgerufen am 16.02.2020